

Stand: 09.02.2026 13:23:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14109

"Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/14109 vom 09.11.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14874 des UV vom 24.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/15217 vom 01.02.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend mündlich wie schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll,
- warum sie keine Zuständigkeit für Betriebe im Bereich der kreisfreien Städte bzw. dort hat, wo kommunale Veterinärämter existieren, und
- welche „komplexen Betriebe“ sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem „Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung“ abweicht,
- wie sie im Rahmen ihrer Organisationsreform die vom ORH benannten Probleme personell kleiner Kontrolleinheiten lösen will und
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend mündlich wie schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen „13-Punkte-Programms“,
- und über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den Laborbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern, zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemessung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzuführen, und dem Landtag darüber im unmittelbaren Anschluss daran mündlich wie schriftlich zu berichten.

Begründung:

Nach dem Lebensmittelskandal um Bayern-Ei hatte die Staatsregierung den Bayerischen Obersten Rechnungshof beauftragt (ORH), ein Gutachten über „Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung“ zu erstellen. In seiner Expertise hat der ORH vielfältige Probleme und Schwachstellen identifiziert. Der ORH hat vorrangig die Umsetzung eines von ihm vorgeschlagenen „13-Punkte-Programms“ zur Behebung dieser Defizite gefordert. Erst in einem zweiten Schritt plädierten die Gutachter für eine Organisationsreform.

Die Staatsregierung hat mit Blick auf das ORH-Gutachten nicht nur das Pferd von hinten aufgezäumt, weil sie die Organisationsreform vor die Bewältigung der 13 Punkte gestellt hat. Ihr Vorgehen ist zudem völlig intransparent und wirft zahlreiche kritische Fragen auf.

Die geplante Ansiedlung der neuen Sonderbehörde für den südbayerischen Raum in Erding, dem Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, und einem der Landkreise mit der bayernweit niedrigsten Arbeitslosigkeit, und nicht etwa am Standort des LGL in Oberschleißheim, ist fachlich völlig intransparent. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, dass hier durchschaubare politische Gründe für die Standortwahl ausschlaggebend waren.

Auch die Zahl der Stellen für die neue Sonderbehörde wurde festgelegt, bevor die Antworten der Bezirksregierung bzw. Landkreise auf die eigene Anfrage der Staatsregierung dazu vorlagen. Bis dato scheint offenkundig keine Personalbedarfsanalyse durchgeführt

worden zu sein, obwohl dies nicht nur der ORH empfohlen hat, sondern auch die Fachverbände der Veterinäre und Lebensmittelkontrolleure seit langem fordern. Im Bereich der Lebensmittelkontrolleure sind nach Auskunft des Verbands bei der Expertenanhörung im Landtag derzeit zum Beispiel 10 Prozent der Planstellen nicht besetzt. 30 Prozent der Kontrolleure gehen zudem in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand.

Weder dem Landtag noch der Öffentlichkeit ist zum

Beispiel bekannt, ob und wie die vom ORH in seinem 13-Punkte-Programme angesprochenen Defizite angegangen werden, obwohl gerade das vom ORH an die erste Stelle gerückt worden war. Bisher hat das Staatsministerium nur verlauten lassen, dass es Arbeitsgruppen und Arbeitskreise eingerichtet hat. Die permanente Nicht-Information von Landtag und Öffentlichkeit, die bereits den Umgang mit dem Lebensmittelskandal „Bayern-Ei“ gekennzeichnet hat, wird nahtlos fortgesetzt.

Mit einem weinenden Auge sehen wir die Belassung der Grenze bei den Gemeinden, weil der Landverbrauch nicht nur durch Spekulation von außen, sondern auch durch die Gemeinden mit Anforderungen an die Flächen bezüglich Gewerbevlächen und Baugebieten verursacht wird. Ich meine, wir sollten die Situation in dem weiteren Verfahren genau betrachten und prüfen, ob eine andere Lösung gefunden werden kann.

Insgesamt stehen wir dem Gesetzentwurf positiv gegenüber.

Noch etwas zu der Anmerkung des Kollegen bezüglich des Forstes. Da der Forst nicht in dieses Gesetz aufgenommen wurde, würde ich anregen, für diesen Bereich eine andere Lösung, eine Extra-Lösung vorzulegen.

Insgesamt ist es unser Ziel, dass landwirtschaftliche Betriebe einfacher an landwirtschaftliche Flächen kommen. Dem tritt das Gesetz nahe. Ich bin auf die weiteren Beratungen in den Ausschüssen gespannt. Wichtig ist, dass wir dem alten Sprichwort "Bauernland in Bauernhand!" wieder mehr Geltung verschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl. Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die beiden Dringlichkeitsanträge. Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14132 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/14104; das ist der Antrag der Fraktion der

FREIEN WÄHLER. Hierzu ist namentliche Abstimmung beantragt. Wir beginnen jetzt. Fünf Minuten! –

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Nur eine kurze Information, da viele nachfragen, wie es weitergeht: Es müssen noch Formalien aufgerufen und protokolliert werden. Einige müssen noch hierbleiben, zumindest die Geschäftsführung. Dann machen wir mit der Tagesordnung Schluss. Aber diejenigen, die es eilig haben, können eigentlich schon gehen; Abstimmungen gibt es keine mehr.

(Namentliche Abstimmung von 17.41 bis 17.46 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Stimmen werden außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Bis wir das Ergebnis bekommen, gebe ich noch bekannt, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/14105, 17/14107, 17/14108, 17/14109 und 17/14110 sowie auf den Drucksachen 17/14133, 17/14134 und 17/14135 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Die offenen Tagesordnungspunkte von heute werden in der nächsten Sitzung abgearbeitet. Tagesordnungspunkt 6 wird voraussichtlich erst im Januar 2017 aufgerufen.

Wir warten das Ergebnis der Auszählung ab. Dann werden Sie entlassen. – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Herz und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Landwirten in Zeiten der Preiskrise besser beistehen – Preisdumping nicht auf dem Rücken der Landwirte austragen!", Drucksache 17/14104, bekannt: Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein haben 70 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich schließe die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 17.49 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Florian von Brunn,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/14109

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll,
- welche Fach- und Vollzugszuständigkeiten die neue Behörde für Betriebe in kreisfreien Städten erhalten soll, und
- welche „komplexen Betriebe“ sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem „Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinär-wesens und der Lebensmittelüberwachung“ abweicht,
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen „13-Punkte-Programms“,
- und über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den La-borbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern, zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemes-sung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzu-führen, und dem Landtag darüber im unmittelba-ren Anschluss daran schriftlich zu berichten.“

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatterin: **Tanja Schorer-Dremel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Aus-schuss für Umwelt und Verbraucherschutz fe-derführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dring-lichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am 24. November 2016 beraten und einstim-mig in der in I. enthaltenen Fassung Zustim-mung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/14109, 17/14874

Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- dem Landtag umgehend schriftlich zu berichten, für welche Bereiche die geplante neue Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen zuständig sein soll,
- mit welcher fachlichen Begründung die Behörde in Südbayern gerade in Erding, im Stimmkreis der Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, angesiedelt werden soll,

- welche Fach- und Vollzugszuständigkeiten die neue Behörde für Betriebe in kreisfreien Städten erhalten soll und
- welche „komplexen Betriebe“ sie überwachen soll (u.a. Art und Anzahl).

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, in dem o.g. Bericht zu erläutern

- warum sie bei der Organisationsreform von den Vorschlägen des Bayerischen Obersten Rechnungshofs (ORH) in seinem „Gutachten zur Struktur und Organisation des amtlichen Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung“ abweicht,
- welche Rolle und Funktion die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) in Zukunft haben soll.

Außerdem ist dem Landtag umgehend schriftlich

- über den aktuellen Umsetzungsstand des vom ORH vorgeschlagenen „13-Punkte-Programms“ und
- über die Ergebnisse etwaiger Personalbemessungen (Personalbedarfsanalysen) sowohl für die geplante neue Kontrollbehörde als auch für das LGL, insbesondere den Laborbereich, sowie für die Kontrollbehörden an den Landratsämtern zu berichten.

Falls bis dato keine umfassende Personalbemessung stattgefunden hat, ist diese zeitnah durchzuführen, und dem Landtag darüber im unmittelbaren Anschluss daran schriftlich zu berichten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuseigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
 2. der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
 3. des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBl. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBl. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012
Drs. 17/15135 (G)

Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 – 2 Ws 782/15 –,
 - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
 2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG
PII-G1320-16-0001
Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule
Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden –
Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche
Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechte der Menschen mit Behinderung schützen –
Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen
Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Bier gentechnikfrei halten
Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)
Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)
Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)
Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen
Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II
Drs. 17/13660, 17/14872 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gesundheitskosten für Asylbewerber aus Steuermitteln finanzieren
Drs. 17/13663, 17/15071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster,
Horst Arnold u.a. SPD
Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für
Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis
Drs. 17/13685, 17/14986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber,
Josef Zellmeier u.a. CSU
Kommunikationsstrukturen im Bereich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)
Drs. 17/13714, 17/15038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern
Drs. 17/13814, 17/15040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen
Drs. 17/13825, 17/15041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor
Drs. 17/13826, 17/15043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren
Drs. 17/13881, 17/15117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Insolvenzberatung zukunftsfähig machen!
Drs. 17/14107, 17/15073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Abwanderung von Spitzentechnologie verhindern
Drs. 17/14108, 17/15045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung
Drs. 17/14109, 17/14874 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Bäuerliche Strukturen in Bayern sichern –
stärkere Förderung der ersten Hektare bei Agrarumweltmaßnahmen
Drs. 17/14113, 17/15118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Direktvermarktung in Bayern fördern – Offenlegung möglicher Potenziale
Drs. 17/14114, 17/15119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neustrukturierung der Lebensmittelüberwachung in Bayern: Wir fordern eine
angemessene Personalausstattung sowie umgehende Information der Betriebe!
Drs. 17/14134, 17/14875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosie Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle –
Offenlegung der Aktivitäten der Staatsregierung
Drs. 17/14135, 17/14876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität verbessern!
Drs. 17/14153, 17/15075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran,
Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen
Drs. 17/14154, 17/14877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosie Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bundesweites Gentechnikbanverbot wasserdicht machen!
Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern
Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften
Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen
Drs. 17/14422, 17/14905 (E)
Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken
Drs. 17/14224, 17/15072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete
Drs. 17/14312, 17/15074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Eltershausen
Drs. 17/14412, 17/15046 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU
Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt
Elfershausen aktiv begleiten
Drs. 17/14463, 17/15047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten
Drs. 17/14483, 17/15048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU
Linksextreme Agitation im Landkreis München
Drs. 17/14469, 17/14985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gleichberechtigung bei Hochwasserhilfe
Drs. 17/12138, 17/15053

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat